

Studium Bolognese – Zur Situation der Teildisziplin ‚Politische Theorien und Ideengeschichte‘ an den bundesdeutschen Universitäten

Hubertus Buchstein/ Stefan Fietz/ Thomas Müller

(Universität Greifswald)

Einleitung

In verschiedenen DVPW-Sektionen wird in letzter Zeit darüber spekuliert, welche Auswirkungen der ‚Bologna-Prozess‘ auf das zukünftige kognitive Profil des Faches Politikwissenschaft und auf die einzelnen Teildisziplinen haben wird. Der gegenwärtige Umbau der deutschen Universitätslandschaft wird mit einer Mischung aus Hoffen und Bangen beobachtet. Manche Vertreter einiger Teilbereiche (z.B. Internationale Beziehungen) oder einiger Themenschwerpunkte (z.B. Europastudien) machen sich ganz offene Hoffnungen auf eine personelle Expansion im Zuge der Etablierung neuer Studiengänge. In anderen Teilbereichen (z.B. Politisches System der Bundesrepublik) wird eher die Sorge artikuliert, ihre Teilbereiche würden zu den großen Verlierern der nächsten Jahre gehören.

Derzeit basieren Hoffnungen wie auch Sorgen weniger auf empirischen Evidenzen, als bestenfalls auf anekdotischen Einzelbelegen und scheinen eher Ausdruck der Persönlichkeitseigenschaften der jeweils Mitteilenden zu sein. Wie konträr die Bewertungen der gegenwärtigen Entwicklungen ausfallen können, machte für den Teilbereich ‚Politische Theorien und Ideengeschichte‘ die lebhaft diskutierte Diskussion auf der letzten Mitgliederversammlung der Sektion in Göttingen im Herbst 2005 deutlich, bei der die vorgetragenen Einschätzungen die gesamte Bandbreite von düsteren Untergangsvisionen bis zu Expansionserwartungen umfasste. Und je nach Szenario wurden dem wissenschaftlichen Nachwuchs ganz unterschiedliche Empfehlungen für die weitere Lebensplanung mit auf den Weg gegeben.

Nicht zuletzt wegen der Bedeutung, die die gegenwärtigen hochschulpolitischen Entwicklungen für die Planungen und das Risikokalkül des wissenschaftlichen Nachwuchses haben, ist deshalb ein genauerer Überblick über die aktuelle Situation der disziplinären Teilgebiete im Kontext des vom Bologna-Prozess ausgelösten hochschulpolitischen Reformprozesses nötig. Erst eine solche Bestandsaufnahme erlaubt es, detaillierter einschätzen zu können, welche Effekte der Bologna-Prozess für die Zukunft des Teilgebietes ‚Politische Theorien und Ideengeschichte‘ faktisch bereits hat und zukünftig weiterhin haben wird, falls es nicht zu gewissen Korrekturen kommt. Darüber hinaus ergibt sich in kognitiver Hinsicht die Frage, ob der Bologna-Prozess auch mit einer Neudefinition dessen, was bislang unter



Frühjahr 2006
Nr. 134



Frühjahr 2006
Nr. 134

‚Politischer Theorie und Ideengeschichte‘ verstanden wurde, einhergehen könnte. Zwar können (und wollen) wir die damit aufgeworfenen Fragen in diesem Aufsatz nicht definitiv beantworten, wir wollen unser Papier aber doch als Beitrag verstanden wissen, zu einer realistischen Bestandsaufnahme zu gelangen, die dabei helfen soll, angesichts der aktuell verbliebenen Handlungsoptionen die beste Strategie zu wählen.

Um die Vergleichbarkeit unserer nachfolgenden Materialerhebung mit bisherigen Studien zum ‚State of the Art‘ der bundesdeutschen Politikwissenschaft zu ermöglichen, haben wir das Teilgebiet ‚Politische Theorien und Ideengeschichte‘ ganz im offiziellen Sinne der Definition des ‚Kerngebietes‘ (DVPW) respektive des ‚Teilgebietes‘ (KMK-Rahmenordnung von 1990) inhaltlich folgendermaßen umrissen: Politische Theorie, politische Ideengeschichte, Politische Philosophie, Wissenschaftstheorie und Fachhistorie. Dieser definitorische Konservatismus basiert zudem auf der wissenschaftssoziologischen Hypothese, dass jede alternative und bessere Idee und Konzeption Politischer Theorie im Kontext der universitären Welt so lange bloßes Programm bleibt, wie diese Idee nicht über einen Kanonisierungskonsens abgesichert ist. Es ist nicht zuletzt der Eindruck, dass dieser Konsens im Fach derzeit am Abbröckeln ist, was bei vielen jüngeren Sektionsmitgliedern zu einer nachhaltigen Verunsicherung bezüglich ihrer beruflichen Zukunft geführt hat.

1. Die aktuelle Stellsituation – und ihre Unsicherheiten

Im Nachklang an das 2004 abgeschlossene Greifswalder Forschungsprojekt über die Politikwissenschaft in Deutschland 1949-99¹ wurden unter anderem auch die Daten über zukünftig frei werdende Professorenstellen für die Teildisziplin ‚Politische Theorien und Ideengeschichte‘ erhoben. Die konkreten Stellenbezeichnungen in diesem Bereich variieren bekanntlich ebenso wie das Selbst- und Fremdverständnis mancher Fachvertreter. Dennoch konnten auf dem Wege intensiver Einzelrecherchen solide Zahlenangaben gewonnen werden.

Was besagen die Zahlen? Sortiert man die Angaben nach den offiziellen ‚Politikwissenschaftlichen Themenfeldern‘ der DVPW, dann erhält man für die Jahre 1969 bis 1999 durchgehend einen Anteil von 12-14 Prozent an Professuren, die im oben genannten Sinne dem Teilgebiet ‚Politische Theorien und Ideengeschichte‘ zugerechnet werden können. Noch vor Beginn

¹ Zu den Ergebnissen vgl. Cord Arendes/ Hubertus Buchstein: Politikwissenschaft als Universitätslaufbahn. Eine Kollektivbiographie politikwissenschaftlicher Hochschullehrer/-innen in Deutschland 1949-1999. In: Politische Vierteljahresschrift 45 (2004), S. 9-31; Cord Arendes: Politikwissenschaft in Deutschland 1949-1999. Wiesbaden 2005.

des Bologna-Prozesses gab es im Stichjahr 1999 insgesamt 49 Lehrstühle/Professuren im Bereich ‚Politische Theorien und Ideengeschichte‘, was einen Anteil von fast genau einem Siebentel der gesamten Professorenzahl von 354 ausmacht.

Tabelle 1: Anteil der Professuren im Bereich Politische Theorien und Ideengeschichte 1969-99

	1969		1979		1989		1999	
	total	in %	total	in %	Total	in %	Total	in %
Politische Theorien und Ideengeschichte	11	13,6	33	12,4	38	12,1	49	13,9
Methoden	-	-	-	-	2	0,6	4	1,1
Politisches System der Bundesrepublik	11	13,6	34	12,7	43	13,7	40	11,3
Politische Soziologie	7	8,6	17	6,3	22	7,0	22	6,2
Politikfelder und Politikimplentation	1	1,2	8	3,0	13	4,2	22	6,2
Verwaltungswissenschaft	2	2,5	6	2,2	7	2,2	8	2,2
Vergleichende Politikforschung	9	11,1	40	14,9	50	16,0	77	21,7
Internationale Politik und Außenpolitik	9	11,1	36	13,4	44	14,1	65	18,4
Politische Bildung	6	7,4	44	16,4	41	13,1	30	8,5
Anderere	25	30,9	50	18,7	53	17,0	37	10,5

Quelle: Greifswalder Datensatz (GDS),Politikwissenschaft in Deutschland 1949-99‘; N=81 (1969); N=268 (1979); N=313 (1989); N=354 (1999)

Dreierlei ist an diesen Zahlenwerten bemerkenswert.

- Erstens ändert sich in sachlicher Hinsicht der Anteil auch dann nicht, wenn andere Facheinteilungen (wie sie in den verschiedenen empirischen Untersuchungen der letzten Jahre u.a. von Arno Mohr oder Hans-Dieter Klingemann/ Jürgen Falter) vorgenommen werden.
- Zweitens sind die Zahlen in temporaler Hinsicht für die Jahre 1969-1999 ausgesprochen stabil.



Frühjahr 2006
Nr. 134



Frühjahr 2006
Nr. 134

- Und drittens gibt es seit einigen Jahren den neuen, wenn auch schwachen Trend, den wissenschaftstheoretischen Teil des Faches als ‚Methodenlehrstühle‘ aus dem Teilgebiet ‚Politische Theorie‘ auszugliedern bzw. Professuren für Politische Theorie entsprechend umzudeuten.¹

Was bedeuten diese Zahlen nun für die Chancen zukünftiger Stellenbewerber? Unsere Alters- und Ruhestandsprognosen ergeben zunächst einmal, dass die beruflichen Chancen gar nicht so schlecht sind.

Tabelle 2: Ruhestandsentwicklung aller politikwissenschaftlichen Professuren in Deutschland 1999-2009

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Anzahl	28	19	14	25	17	18
Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	Gesamt
Anzahl	19	32	19	15	21	227

Quelle: GDS ‚Politikwissenschaft in Deutschland 1949-99‘; N=603

Insgesamt müssten nach dieser Übersicht – stabile Neubesetzungen zunächst vorausgesetzt – in der Dekade bis 2009 ganze 35 von 49 Stellen im Teilbereich ‚Politische Theorien und Ideengeschichte‘ neu besetzt werden – was einer erheblichen Neuzusammensetzung im Professorenbereich dieses Teilgebietes gleichkäme.

Tabelle 3: Prognose Ruhestandsentwicklung Professuren ‚Politische Theorien und Ideengeschichte‘ in Deutschland 2005-2009

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009
Anzahl	5-6	5-6	3-4	2-3	3-4

Quelle: Eigene Schätzung auf Basis des GDS ‚Politikwissenschaft in Deutschland 1949-99‘

Nachdem in den letzten Jahren schon eine Reihe an Professuren neu besetzt wurde, müssten in den Jahren 2005-2009 regulär ca. 20 Professuren aus diesem Teilgebiet zur Neubesetzung anstehen; es mag zynisch klingen: Aber damit stünden die Chancen des beruflichen Nachwuchses im Bereich ‚Politische Theorien und Ideengeschichte‘ in der Bundesrepublik auf eine Professur so gut wie lange nicht mehr.

¹ Dies deckt sich mit dem Theorieverständnis einiger neuer Einführungsbücher. Vgl.: Sven-Uwe Schmitz/ Klaus Schubert (Hrsg.) 2006: Einführung in die Politische Theorie und Methodenlehre. Opladen: Barbara Budrich.

Die sich an diese Statistik anschließende Frage lautet freilich: Wie realistisch ist die der Berechnung zu Grunde liegende Voraussetzung stabiler Neubesetzungsraten? Skeptisch stimmt der Blick in die Vergangenheit: Von den 16 zu erwartenden Stellenneuausschreibungen der Jahre 1999-2004 sind nicht alle erfolgt (oder deren Besetzung wurde, wie in Augsburg, über Jahre verschleppt). Bislang sind nach unseren Zählungen lediglich 12 Stellen neu besetzt worden. Nicht wirklich optimistischer stimmt auch der Blick auf die Juniorprofessur: Auch hier konnten nur ganz vereinzelt Stellen im Bereich ‚Politische Theorie‘ besetzt werden (u.a. FU Berlin).

Zudem gibt es mindestens folgende Unwägbarkeiten:

- Unwägbar ist der zusätzliche Bedarf, der bei den neuen privaten Universitäten abzudecken ist; die gerade gegründeten oder in Gründung befindlichen Institutionen reklamieren allerdings bislang keinen Stellenbedarf im Theoriebereich.
- Unwägbar sind natürlich auch solche Stellenneuausschreibungen, die sich durch ein frühzeitiges Dienstende oder gar den frühzeitigen Tod eines Kollegen ergeben.
- Erhebliche Unwägbarkeiten verbinden sich ebenso mit der Einführung von Studiengebühren, die nicht nur einzelne Teilgebiete, sondern wahrscheinlich das gesamte Fach mit veränderten inhaltlichen Erwartungen unserer zukünftigen ‚Kunden‘ konfrontieren werden (unsere persönliche Prognose ist diesbezüglich für die Theorie übrigens ausgesprochen optimistisch: es wird eher ein gesteigertes Interesse an fundierter Politischer Theorie und Ideengeschichte aus den Reihen dieser Kundschaft geben – aber wohl eher im BA-Bereich).
- Die größte Unwägbarkeit besteht schließlich in der Reform der Studiengänge und deren Auswirkungen auf das Stellenprofil an den bundesdeutschen Universitäten.

Der Bedarf an Stellen im Bereich ‚Politische Theorien und Ideengeschichte‘ ergibt sich an deutschen Universitäten bislang allein aus dem Lehrbedarf und ist völlig unabhängig von den Forschungsleistungen, die auf diesem Gebiet erbracht werden. Dies mag sich perspektivisch mit dem neuen Instrument der Exzellenzförderung ändern; auf absehbarer Zeit wird aber die an den Universitäten weiterhin die Lehre der Schlüssel der Weiterexistenz der Subdisziplinen bleiben. Die Schlüsselstellung der Lehre für die Hochschulentwicklung verdeutlicht auch das Gutachten des Wissenschaftsrates vom Februar 2006, welches Bund und Länder zum Anlass eines neuen ‚Hochschulpaktes‘ nehmen sollen, um die zwischen 2009 – 2014 massiv ansteigende Zahl an Studierwilligen besser versorgen zu können.



Frühjahr 2006
Nr. 134



Frühjahr 2006
Nr. 134

2. Die aktuelle Studienreformsituation und ihre fachpolitischen Konsequenzen

Mit Blick auf die Zukunft interessieren in diesem Zusammenhang keine alten Diplom- oder Magisterstudiengänge, sondern lediglich die im Zuge des Bologna-Prozesses auch in Deutschland forciert durchgesetzten Bachelor- und Masterstudiengänge. Welche Rolle und welchen Anteil hat die Politische Theorie und Ideengeschichte in diesen neuen Studiengängen? Gehen von den neuen Studiengängen Veränderungen im kognitiven Profil der Teildisziplin aus? Was erbringt der Blick auf die gegenwärtige Situation?

Es ist evident, dass die gegenwärtigen Umstrukturierungen in der Disziplin nicht nur Verlierer, sondern auch Gewinner zählen werden.¹ Wie sieht es diesbezüglich mit der ‚Politischen Theorie und Ideengeschichte‘ aus?

Nach unseren Recherchen² sind derzeit an 39 Universitäten in Deutschland insgesamt 115 Bachelor- und Masterstudiengänge mit politikwissenschaftlicher Ausrichtung eingerichtet. Diese Zahl weicht von anderen Auflistungen, etwa der aktualisierten „Übersicht der BA/MA-Studiengänge mit politikwissenschaftlichen Anteilen“ der DVPW vom 8. Februar 2006,³ leicht ab. Die Unterschiede in den Angaben haben zwei Ursachen:

- Erstens haben wir uns in der von uns vorgenommenen Zählung auf *staatliche Universitäten* beschränkt, da sich der gegenwärtige Umbruchprozess hier am besten beobachten lässt.⁴ Nicht berücksichtigt wurden also *private* Universitäten wie beispielsweise die „International University Bremen“ (IUB), *fachspezifische* Hochschulen wie etwa die neu eröffnete – und ebenfalls private – „Hertie School of Governance“ in Berlin sowie sämtliche *Fachhochschulen*.⁵ Enthalten sind in unserer Zählung hingegen

¹ Vgl. Hubertus Buchstein/ Cord Arendes: Die Zukunft der Politikwissenschaft an Deutschlands Universitäten. In: Politikwissenschaft. Rundbrief der DVPW, 130 (2004), 136-149.

² Die Ergebnisse basieren auf Internetrecherchen (Stand: 15. Januar 2006). Unsere Angaben sind in einigen Punkten möglicherweise noch lückenhaft, denn bei den Recherchen zu den Studiengängen stellte sich heraus, dass manche Daten (im Internet) gar nicht oder nur vage zu ermitteln waren. Über Korrekturen und Ergänzungen würden wir uns deshalb freuen (E-Mail: buchstei@uni-greifswald.de).

³ Siehe im Internet: www.dvpw.de/dummy/fileadmin/docs/Studiengaenge.pdf (Stand: 14. Februar 2006).

⁴ Während private Hochschulen in der Regel bereits mit dem BA/MA-System starten, hatten bzw. haben Fachhochschulen nicht die traditionelle Magister-Struktur aufzuweisen.

⁵ Heraus gefallen sind auch die Hochschulen der Bundeswehr, deren Besuch eine entsprechende Dienstverpflichtung voraussetzt und die – nebenbei bemerkt – ihr politikwissenschaftliches Studienangebot noch nicht auf die BA/MA-Struktur umgestellt haben. Ebenso wurde die „Hochschule Vechta“ mit ihrem politikwissenschaftlichen Angebot nicht als Universität in die Zählung aufgenommen.

kostenpflichtige Masterprogramme öffentlicher Universitäten.¹ Ebenso fanden gemeinsame Programme staatlicher und privater Hochschulen Berücksichtigung.

- Als zweiter Grund ist die unserer Auflistung zu Grunde liegende Definition von „Studiengang“ zu erwähnen. Gegenüber der relativen Homogenität traditioneller Magister- oder Diplomstudiengänge haben sich mit der Einführung der BA/MA-Struktur parallel zu den Studieninhalten auch die curricularen Strukturen vervielfacht. Infolgedessen fällt es häufig schwer zu unterscheiden, ob ein bestimmtes Curriculum lediglich eine Schwerpunktsetzung innerhalb eines Studienganges darstellt oder bereits einen eigenen Studiengang konstituiert.

Dies ist insbesondere zwei Instrumenten der Schwerpunktbildung geschuldet, die beide der Verschiebung eines immer größeren Teils der Studieninhalte in den Wahl(pflicht)bereich dienen. Bei einer Gruppe von Studiengängen geschieht dies dadurch, dass Studierende in der Regel bereits vor Studienantritt einzelne curriculare ‚Bausteine‘ auswählen. Ein Beispiel dafür ist das Bamberger Master-Modell. Die Kehrseite dieser Profilierung ist freilich das Wegbrechen anderer ‚Bausteine‘ – in unserem Fall teilweise ganzer politikwissenschaftlicher Teilbereiche wie z.B. der Politischen Theorie. Je nach Auswahl entstehen dadurch innerhalb ein und desselben Studiengangs individuell völlig verschiedene Studienprogramme.

Beim zweiten Instrument bleibt das curriculare Grundgerüst des Studiengangs hingegen fest vorgegeben. Die Profilbildung erfolgt hier durch die ‚workload‘, die für die einzelnen Studieneinheiten („Bausteine“) aufzuwenden ist und die von den Studierenden innerhalb gewisser Grenzen frei gewählt werden können. Paradigmatisch steht dafür das „Major-Minor-Modell“ des BA an der Universität Hannover.²

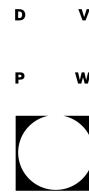
¹ Wie z.B. die Postgraduiertenstudiengänge „Master of European Studies“ (MEUS) der Universität Tübingen und „Master of Peace Studies“ (MPS) an der Universität Hamburg. Dabei wurde nicht berücksichtigt, ob die Durchführung der Masterprogramme etwa einem eigens gegründeten, privatwirtschaftlichen Bildungsträger oblag.

² Das Curriculum ist insofern starr, als bei diesem „fachübergreifenden“ Bachelor in jedem Falle zwei Fächer, nämlich Politikwissenschaft und ein anderes frei gewähltes Fach, zu studieren sind. Welches jedoch mit höherem („Major“) und welches mit niedrigerem Fachanteil („Minor“) studiert wird, entscheiden die Studierenden selbst. Damit ergibt sich jeweils ein unterschiedlich großer Studienumfang („workload“).

Das Beispiel Hannover zeigt auch, dass beide Profilierungsinstrumente auf verschiedenen Ebenen ansetzen können: entweder bereits zur Bestimmung des Stellenwerts von Politikwissenschaft im Verhältnis zu anderen Fächern oder eine Ebene tiefer ‚fachin-tern‘ zur Gewichtung einzelner Teilbereiche.



Frühjahr 2006
Nr. 134



Frühjahr 2006
Nr. 134

Angesichts der aus diesen Möglichkeiten der Profilbildung resultierenden Unübersichtlichkeit¹ haben wir uns letztlich dagegen entschieden, einzelne Profile (in Ein-Fach- bzw. Mono-Bachelor- und Master-Programmen) als eigene Studiengänge zu zählen – es sei denn, die jeweilige Studienordnung sieht dies ausdrücklich vor.² Ähnliches gilt auch für so genannten ‚integrierten‘ Bachelor-Master-Studiengänge,³ bei denen versucht wurde, die curriculare Struktur des traditionellen Magisterstudiums beizubehalten. Da der Gesamtstudiengang weder einem Master noch einem Bachelor entspricht, wurde er nicht berücksichtigt. Nur ein ggf. eigenständiger BA-Abschluss in diesem Rahmen wurde aufgenommen.⁴

Anders liegt der Fall bei den Universitäten, die Politikwissenschaft von vornherein entweder als Haupt- oder als Nebenfach in ihren BA/MA-Programmen anbieten (Zwei-Fach- oder Kombi-Programme) und damit unterschiedliche Studiengänge konstituieren.⁵ Kurzum: Sofern die formale Eigenständigkeit des jeweiligen Studienprogramms gewährleistet ist, wurde dieses auch als eigenständiger Studiengang gezählt.

Was haben die Recherchen ergeben? Insgesamt lässt sich festhalten, dass an den meisten Universitäten⁶ das politikwissenschaftliche Studium mittlerweile auf die BA/MA-Struktur umgestellt ist. Auch bei den lange Zeit zögerlichen süddeutschen Bundesländern werden nun forciert Bachelor-

¹ Diese wird dadurch erhöht, dass beide Instrumente nicht selten auch kombiniert auftreten. So z.B. beim MA „Internationale Beziehungen“ (gemeinsam HU/FU Berlin und Universität Potsdam), der einen klaren Schwerpunkt setzt (IB), innerhalb dessen weitere Profilierungsmöglichkeiten bestehen (z.B. Theorien der IB).

² Wie z.B. an der Universität Erfurt, wo aus verschiedenen Kombinationen von Staats- mit Sozialwissenschaften explizit mehrere Studiengänge gebildet wurden.

³ Integriert meint hier, dass BA und MA an einer Hochschule so miteinander verknüpft sind, dass der Erwerb des Master-Abschlusses den BA-Abschluss der jeweiligen Hochschule einschließt.

⁴ Deutlichstes Beispiel ist der BA/MA „Politikwissenschaft“ in Rostock, der nur als BA gezählt wurde. Eigenständig aufgezählt sind hingegen die aufeinander aufbauenden BA und MA „Internationale Beziehungen“ der TU Dresden, bei der jedoch der Bachelor dadurch ‚entwertet‘ wird, dass er keine Abschlussarbeit beinhaltet.

⁵ Dies betrifft nur BA-Programme, z.B. die BA „Politikwissenschaft“ in Bremen, Freiburg, Kassel oder Tübingen.

⁶ Ausnahmen sind Augsburg, Bonn, Braunschweig, Duisburg-Essen, Erlangen-Nürnberg, Frankfurt/Main, Gießen, Göttingen, Halle-Wittenberg, Kaiserslautern, Kiel, Köln, Koblenz-Landau, Mainz, Saarbrücken, Trier, Wuppertal, Würzburg. Hier gibt es noch keine politikwissenschaftlichen Bachelor- oder Masterangebote, auch wenn sie an mehreren Standorten (z.B. Göttingen für das WS 06/07) bereits geplant werden. An Universitäten wie Heidelberg, der LMU München oder Potsdam arbeiten die politikwissenschaftlichen Institute lediglich mit einzelnen Modulen den interdisziplinären Bachelor- und Masterprogrammen zu, führen ihre eigene Lehre indes in traditionellen Magister- oder Diplomstudiengängen weiter.

und Masterstudiengänge eingeführt. Dabei lassen sich zunächst folgende generelle Tendenzen beobachten:

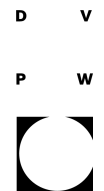
- **BA:** An insgesamt 23 Universitäten wurden 31 politikwissenschaftliche Bachelorstudiengänge eingerichtet, die Titel wie „BA Politikwissenschaft“ tragen und sich somit als grundständige politikwissenschaftliche Bachelorprogramme zu erkennen geben.¹ Zusätzlich sind noch 25 Bachelorprogramme anzutreffen, die interdisziplinär angelegt sind wie z.B. der Bachelor „Sozialwissenschaften“ an der HU Berlin, in Bielefeld und Düsseldorf und/oder thematisch spezifiziert sind wie z.B. der Bachelor „Wirtschaft und Politik Ostasiens“ in Bochum, der Bachelor „European Studies“ an der TU Chemnitz und der Uni Passau oder auch der Bachelor „Politik und Organisation“ der FernUni Hagen. Die Gruppe der interdisziplinären und/oder thematisch spezifizierten Bachelorprogramme wird im Folgenden als „Bachelorprogramme mit politikwissenschaftlichen Anteilen“² im Gegensatz zu den „politikwissenschaftlichen Bachelorprogrammen“ bezeichnet. Der Grund dafür, nicht weiter zwischen interdisziplinären und jenen Programmen zu unterscheiden, die sich thematisch auf einen Teilbereich der Politikwissenschaft spezialisiert haben, liegt darin, dass in beiden von vornherein nur Teile des Gesamtfaches Politikwissenschaft unterrichtet werden. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass in vielen thematisch fokussierten Programmen immer auch interdisziplinäre Elemente enthalten sind. Eine Unterscheidung zwischen einerseits interdisziplinären und andererseits politikwissenschaftlichen, aber thematisch eng geführten Programmen kann daher auch in der Empirie nur schwer aufrechterhalten werden.

- **MA:** Die Situation bei den Masterstudiengängen weicht von derjenigen bei den Bachelorprogrammen markant ab. Masterprogramme mit der Bezeichnung „Politikwissenschaft“ sind hier in der Minderzahl – was nicht überrascht, denn die Profilierung ist ja eines der Ziele des Bologna-Prozesses. Lediglich sieben Universitäten (in Bamberg, Bochum, Darmstadt, Eichstätt, Jena, Kassel und Marburg)³ bieten Masterstudiengänge an,

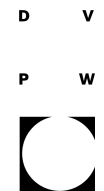
¹ Der durch die Selbstbezeichnung hervorgerufene Eindruck, es handele sich bei diesen Programmen um grundständige Studiengänge, in denen die vier Teilbereiche der Politikwissenschaft Politische Theorie und Ideengeschichte, Politisches System der BRD, Internationale Beziehungen und Vergleichende Politikwissenschaft enthalten sind, ist jedoch, wie zu zeigen sein wird, nicht in jedem Fall sachlich gerechtfertigt.

² Bachelorprogramme mit politikwissenschaftlichem Anteil wurden nur dann als solche gezählt, wenn dieser Anteil bei mindestens 20% am Gesamtcurriculum lag.

³ In Rostock wird kein eigenständiger Master Politikwissenschaft angeboten. Dieser ist lediglich Teil des „integrierten Bachelor-Master-Studiengangs Politikwissenschaft“ (vgl. FN 4).



Frühjahr 2006
Nr. 134



Frühjahr 2006
Nr. 134

die vom Namen her ein grundständiges politikwissenschaftliches Studium vermuten lassen. Ansonsten sind insgesamt 52 Masterprogramme thematisch in bestimmter Hinsicht spezifiziert, in der Regel interdisziplinär und gelegentlich international angelegt. Dazu zählen z.B. der Master „Politische Steuerung und Koordination“ in Hagen, die recht häufig anzutreffenden Master in „European Studies“ etwa in Hannover, in Osnabrück und an anderen Universitäten, der Master in „Green Politics“ der Universität Greifswald sowie Masterprogramme zur Friedens- und Konfliktforschung in Marburg und Magdeburg. Diese thematisch spezifizierten und/oder interdisziplinären Master werden im Folgenden aus den oben genannten Gründen in einer Gruppe „Masterprogramme mit politikwissenschaftlichen Anteilen“¹ zusammengefasst und von den zuvor genannten „politikwissenschaftlichen Masterprogrammen“ abgegrenzt.

Will man nun ausgehend von dieser Bestandsaufnahme die Situation der Politischen Theorie und Ideengeschichte in den neuen Bachelor- und Masterprogrammen möglichst differenziert erfassen,² müssen zwei Faktorengruppen Berücksichtigung finden, wobei die eine Gruppe quantitativen, die andere qualitativen Charakter hat. Erst wenn man beide Faktorengruppen zusammen sieht, lassen sich Rückschlüsse darauf ziehen, welcher Status der Politischen Theorie und Ideengeschichte im Rahmen der neuen Bachelor- und Masterprogramme zukommt.

- Zunächst muss in quantitativer Hinsicht gefragt werden, ob Politische Theorie in den jeweiligen Programmen als eigenständiges Modul unterrichtet wird. Ferner ist zu fragen, ob dieses Modul obligatorisch oder wahlobligatorisch ist. Weiterhin unterscheiden sich die Studiengänge in der Anzahl der Semesterwochenstunden³ der jeweiligen Theoriemodule.

¹ Auch hier haben wir die 20%-Regel angewandt (siehe FN 18).

² Hier stieß die Methode der Internetrecherche an gewisse Grenzen. Vor allem stellte die für die Bachelor- und Masterstudiengänge vorzunehmende Unterscheidung von Modulen, Kursen und Lehrveranstaltungen ein Problem für die Auswertung dar. So kann es zwar vorkommen, dass in einem im Internet für ein bestimmtes Bachelor- oder Masterprogramm aufgeführtes Studienverlaufschema kein Modul explizit als „Politische Theorie“ ausgewiesen ist, im Rahmen eines nicht-theoretischen Moduls aber dennoch politiktheoretische Kurse angeboten werden. Möglich ist natürlich auch der Fall, dass in nicht-theoretisch angelegten Kursen einzelne Lehrveranstaltungen theoretischen Fragen gewidmet sind. Dies konnte in der Internet-Recherche im Einzelnen nicht immer festgestellt werden – wir sind deshalb auch in diesem Punkt für Ergänzungen und Korrekturen unserer Angaben dankbar.

³ Anstelle von ECTS-Punkten haben wir für die Ermittlung der Quantität politiktheoretischer Anteile in den Bachelor- und Masterstudiengängen die Zahl der Semesterwochenstunden (SWS) herangezogen. Mit der Zählung in SWS kann besser ermittelt werden, welche Personalkapazität für die Sicherstellung von Lehre und Forschung in einem Teilbereich des Faches notwendig ist. Und wiederum nur daraus können realistische

- In qualitativer Hinsicht ist zu fragen, ob Politische Theorie im Rahmen der oben gegebenen KMK-Kodifizierung in einem umfassenden Sinne, nur als Teilbereich (z.B. nur Wissenschaftstheorie) oder thematisch spezifiziert im Sinne von „Bereichstheorien“ unterrichtet wird,¹ die über einzelne Aspekte politischer Realität (Staat, Demokratie, politische Transformationen, Globalisierung, Wahlverhalten etc.) zu verallgemeinerbaren Aussagen kommen möchten.

Ausgehend von diesen beiden Faktorengruppen haben wir alle Bachelor- und Masterprogramme nach folgenden Kriterien durchgesehen: Wird Politische Theorie obligatorisch und in einem umfassenden Sinne unterrichtet? Sind Theoriemodule nicht obligatorisch, aber dafür umfassend angelegt? Werden sie obligatorisch, aber nicht in einem umfassenden Sinne unterrichtet? Sind sie weder obligatorisch noch umfassend? Oder sind in den jeweiligen Programmen zu guter Letzt gar keine Theoriemodule mehr vorgesehen?

Das Ergebnis unserer Internet-Recherche lässt sich am besten systematisch getrennt nach den oben gebildeten vier Fallgruppen darstellen:²

- **Politikwissenschaftlicher BA:** Bei den 31 politikwissenschaftlichen Bachelorprogrammen wird Politische Theorie in 27 Programmen obligatorisch und im umfassenden Sinne unterrichtet.³ Indes gibt es Ausnahmen.

Einschätzungen zum Status dieses Teilbereichs im Gesamtfach abgeleitet werden. Aus den ECTS-Punkten lassen sich hingegen nur begrenzt Rückschlüsse auf den Status eines Teilbereichs im Fach ziehen, denn rein theoretisch könnte in einem politikwissenschaftlichen BA-Programm eine hohe ECTS-Punktzahl für das Studium der Politischen Theorie angesetzt werden, die sich der Studierende jedoch im Selbststudium (ggf. mit Prüfung) zu erwerben hat: die ‚workload‘ an Politischer Theorie wäre hoch, die Verankerung Politischer Theorie im Fach jedoch gering, weil in diesem Bereich weder gelehrt noch geforscht würde. – Diese Überlegungen werden durch die Beobachtung gestützt, dass Messungen der Anzahl der SWS und der ECTS-Punkte mitunter beträchtlich auseinanderklaffen, so z.B. beim MA „Politikwissenschaft“ der Universität Darmstadt (2 SWS – 12 ECTS) oder beim BA „Politikwissenschaft“ der Universität Freiburg (6 SWS – 22 ECTS).

¹ „Teilbereich“ und „Bereichstheorie“ werden im Folgenden unter letzterem Begriff gefasst, da eine Unterscheidung aufgrund der begrenzten Tiefe der Internet-Recherche in vielen Fällen nicht möglich war.

² Im Folgenden wird der Einfachheit halber nicht mehr zwischen „Modul“ und „Kurs“ unterschieden. Die Bezeichnung „Modul“ gilt für beides.

³ Universitäten: Aachen, Bamberg, FU Berlin [BAs „Politikwissenschaft“, „Sozialkunde (Politikwissenschaft) mit Politikwissenschaft als Hauptfach“, „Sozialkunde (Politikwissenschaft) mit Politikwissenschaft als Modulangebot im Rahmen anderer B.A.-Studiengänge“], Bielefeld, Bochum, Uni Bremen [Mono-Bachelor „Politikwissenschaft“, 2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Hauptfach, 2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Nebenfach], Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Freiburg [2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Hauptfach, 2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Ne-



Frühjahr 2006
Nr. 134



Frühjahr 2006
Nr. 134

In den Bachelorprogrammen „Politikwissenschaft“ der Universitäten in Konstanz und Mannheim ist überhaupt kein Theorie-Modul mehr vorgesehen; in Eichstätt ist das Studium der Politischen Theorie nicht obligatorisch, wird aber in einem umfassenden Sinne angeboten. In Münster dagegen verhält es sich andersherum: Politische Theorie ist im Curriculum obligatorisch enthalten, jedoch nur noch sehr reduziert als Bereichstheorie. Die umfassenden und obligatorischen Module zur Politischen Theorie werden in 21 Programmen in einem Umfang von vier bis sechs SWS unterrichtet, im Mono-Bachelor „Politikwissenschaft“ der FU Berlin sowie im Rostocker Bachelorprogramm sind für den Unterricht in Politischer Theorie sogar acht und mehr SWS vorgesehen. Dem stehen indes auch Programme mit einer Anzahl von nur zwei bis drei SWS entgegen. Diese finden sich in Bielefeld, Bochum, Düsseldorf sowie in den Nebenfach-Bachelorstudiengängen in Freiburg und Tübingen.

Bei den politikwissenschaftlichen Bachelorstudiengängen kann sich die Politische Theorie und Ideengeschichte also (in Kontinuität zu den Magister- und Diplomstudiengängen) weiterhin als eigenständiger Teilbereich der Politikwissenschaft behaupten.¹

- **Politikwissenschaftlicher MA:** Bei den sieben rein politikwissenschaftlichen Masterstudiengängen² ist der Status der Politischen Theorie und Ideengeschichte uneinheitlich. In einem umfassenden Sinne ist Politische Theorie nur noch in Darmstadt und Marburg ein obligatorischer Bestandteil des Masterstudiums. In Bamberg³ und Jena dagegen ist das umfassende Theoriestudium nicht obligatorisch, während in Kassel zwar der Besuch des Moduls „Normen, Steuerung, Struktur“ mit zwei Seminaren über „theoretische Debatten über Institutionen, Normenallokationen, Formen politischer Herrschaft [...] sowie politikwissenschaftlich relevante

benfach], Greifswald, Hamburg [Mono-Bachelor, 2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Nebenfach], Hannover, Kassel [2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Hauptfach, 2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Nebenfach], Marburg, Regensburg, Rostock, Stuttgart, Tübingen [2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Hauptfach, 2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Nebenfach].

¹ Daran ändern auch gewisse Tendenzen nichts, dass Politische Theorie, wenn sie bereits als Basismodul zu belegen ist, im Vertiefungsbereich (entspricht Aufbaumodulen bzw. Wahlpflichtmodulen) nicht mehr angeboten wird (vgl. z.B. BA „Politische Wissenschaft“ Hamburg), woran sich allerdings die im MA noch stärker sichtbare Entwicklung zu einem bloßen Grundlagen- bzw. ‚Servicefach‘ bereits anzudeuten scheint.

² Universitäten: Bamberg, Bochum, Darmstadt, Eichstätt, Jena, Kassel, Marburg.

³ Der Master „Politikwissenschaft“ der Universität Bamberg stellt in gewisser Weise einen Sonderfall dar. Zwar ist die dort angebotene Profilbildung mit dem Schwerpunkt „Moderne Politische Theorie“ nicht obligatorisch. Wird sie aber gewählt, so sind zwei von sechs Modulen sowie die Masterarbeit verpflichtend im Bereich ‚Politische Theorie‘ zu absolvieren.

akteurs- und strukturorientierte Ansätze“ für Studierende verpflichtend ist, es sich hierbei aber nicht mehr um ein Angebot in einem umfassenden Sinne von Politischer Theorie handelt. Im Studienprogramm des Masters „Politikwissenschaft“ in Bochum findet sich keinerlei Verweis auf Politische Theorie mehr, für Eichstätt konnten keine Angaben ermittelt werden.

In den wenigen rein politikwissenschaftlichen Mastern zeigen sich also Tendenzen, Politische Theorie thematisch bzw. bereichsspezifisch einzugrenzen und/oder Politische Theorie nicht mehr als obligatorischen Bestandteil der politikwissenschaftlichen Ausbildung anzusehen.

- **BA mit politikwissenschaftlichen Anteilen:** In den insgesamt 25 Programmen sind eigenständige obligatorische Module zur Politischen Theorie und Ideengeschichte im umfassenden Sinne nur noch in sechs Fällen anzutreffen.¹ Nicht mehr obligatorisch ist das Studium der Politischen Theorie hingegen in den beiden Bachelorprogrammen „Politik und Recht“ bzw. „Politik und Wirtschaft“ in Münster, im Bachelor „Sozialwissenschaften“ in Oldenburg sowie in den „European Studies“ an der Universität Passau, auch wenn in diesen vier Studiengängen Politische Theorie in einem umfassenden Sinne zumindest noch angeboten wird. In den zwei Bachelorprogrammen „Politik und Wirtschaft Ostasiens“ in Bochum sowie „Politik- und Verwaltungswissenschaft“ in Konstanz sind Pflichtveranstaltungen theoretischen Inhalts demgegenüber zwar ins Curriculum integriert. Politische Theorie wird hier jedoch nicht mehr in einem umfassenden Sinne unterrichtet. Im Bachelor „Politik und Organisation“ in Hagen ist ebenfalls nur noch ein Modul vorgesehen, das bereichstheoretisch angelegt ist. Dieses ist indes, anders als in Bochum und Konstanz, darüber hinaus nur im Wahlpflichtbereich angesiedelt. Bemerkenswert ist jedoch, dass von den 25 Bachelorstudiengängen mit politikwissenschaftlichen Anteilen etwa die Hälfte, nämlich insgesamt 12 Studiengänge, ihren Programmbeschreibungen zufolge keinerlei eigenständige Theorie-Module mehr vorsehen.² In der Recherche konnte nicht immer ermittelt werden, in welchem Umfang an SWS die Theorieanteile in den jeweiligen



Frühjahr 2006
Nr. 134



Frühjahr 2006
Nr. 134

Studiengängen unterrichtet werden. Die Tendenz geht jedoch auf eine Anzahl zwischen zwei und vier SWS (im Gegensatz zu den vier bis sechs SWS in den politikwissenschaftlichen Bachelorprogrammen).

- **MA mit politikwissenschaftlichen Anteilen:** Eigenständige Module zur Politischen Theorie und Ideengeschichte im umfassenden Sinne sind in den insgesamt 52 Programmen¹ nur noch sechs Mal, nämlich im Master „Internationale Beziehungen“ in Eichstätt, in den beiden Masterprogrammen „Democratic Studies“ und „Green Politics“ in Greifswald, im Master „European Political Studies“ in Heidelberg, im Master „Public Policy and Management“ in Konstanz sowie im Master „Demokratiewissenschaft“ in Regensburg verpflichtend vorgesehen. Bemerkenswert ist indes, dass dieses verpflichtende und umfassende Theorieangebot der Tendenz nach nur noch einen Umfang von zwei bis vier SWS und somit quantitativ nur noch einen geringen Anteil an den jeweiligen Masterprogrammen hat. Umfassend, aber für Studierende nicht mehr obligatorisch sind die Theorieangebote in den Masterprogrammen „Sozialwissenschaften“ und „Staatswissenschaften-Sozialwissenschaften“ der Uni Erfurt. Obligatorisch, jedoch lediglich bereichstheoretisch ausgerichtet, ist das Theorieangebot in insgesamt 17 Masterprogrammen,² wobei hier, sofern nähere Angaben ermittelt werden konnten, die Tendenz besteht, das theoretische Lehrangebot in einem Umfang von vier bis sechs SWS anzubieten. Ein nicht-obligatorisches und bereichstheoretisch ausgerichtetes Theorieangebot findet sich in fünf Masterstudiengängen.³ Die Mehrzahl der Masterprogramme mit politikwissenschaftlichen Anteilen, nämlich insgesamt 20, kommt indes wiederum ohne ein explizit erwähntes Theorieangebot aus.⁴

¹ BA „Sozialwissenschaften“ HU Berlin, BA „Sozialwissenschaften“ Düsseldorf, BA „Staatswissenschaften-Sozialwissenschaften“ Erfurt, binationaler BA „Public Administration“ Münster, BA „Governance and Public Policy – Staatswissenschaften“ Passau, BA „Sozialwissenschaft“ Stuttgart.

² Es handelt sich hierbei um: BA „Sozialwissenschaft“ Bielefeld, BA „Politik, Wirtschaft, Gesellschaft“ Bochum, BA „Europastudien“ Chemnitz, „BA „Internationale Beziehungen“ Dresden, BA „Kulturwissenschaften“ Frankfurt/Oder, BA „Südasiestudien“ Heidelberg, BA „Empirische Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ Lüneburg, BA „European Studies“ Magdeburg, BA „Sozialwissenschaft“ Marburg, BA „Europäische Studien“ und BA „Social Sciences“ Osnabrück, BA „Social Science“ Siegen.

¹ Für die Masterprogramme „Europastudien“ in Aachen und „Sozialwissenschaft“ in Bochum konnten keine Angaben zum Studienprogramm gefunden und deswegen auch keinerlei nähere Angaben zum Status der Politischen Theorie ermittelt werden.

² MA „Internationale Beziehungen“ FU/HU Berlin sowie Uni Potsdam, MA „Nordamerikastudien“ FU Berlin, MA „Osteuropastudien“ FU Berlin, MA „Human Rights and Democratization“ Bochum, MA „Sozialpolitik“ Uni Bremen, MA „International Relations“ Uni Bremen/IU Bremen, MAs „Sozialwissenschaften“ und „Politische Kommunikation“ Düsseldorf, MA „Europäische Integration“ Hannover, MA „Global Political Economy“ Kassel, MA „Global Studies“ Leipzig, MA „Friedens- und Konfliktforschung“ Magdeburg, MA „Friedens- und Konfliktforschung“ Marburg, MA „European Studies“ Münster, MA „Demokratisches Regieren und Zivilgesellschaft“ Osnabrück, MAs „Vergleichende Politikforschung“ sowie „Friedensforschung und Internationale Politik“ Tübingen.

³ MA „Sozialwissenschaften“ HU Berlin, MA „Staatswissenschaften“ Erfurt, „Master of European Studies“ Hamburg, MA „Labour Policies and Globalisation“ Kassel, MA „International Development Studies“ Marburg.

⁴ Internationaler MA „European Studies“ HU/FU Berlin, MA „Europawissenschaften“ HU/FU/TU Berlin, MA „Öffentliches und betriebliches Umweltmanagement“ FU Berlin,

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Politische Theorie und Ideengeschichte als traditionell eigenständiger Teilbereich der Politikwissenschaft im Zuge der Bachelor- und Masterprogramme in Bedrängnis geraten ist – eine Bedrängnis, die mit dem Qualifizierungsgrad des Studiums ansteigt.

Wie ist dies zu erklären? Die sich vor allem auf der Ebene der Masterstudiengänge abzeichnende ungünstige Entwicklung dürfte damit im Zusammenhang stehen, dass in der Politikwissenschaft die Bachelor-, stärker aber noch die Masterprogramme häufig unter dem Aspekt der Praxistauglichkeit konzipiert wurden, obwohl nach dem Beschluss der KMK vom 10. Oktober 2003 die Bachelorstudiengänge ohne Profilierung zu einer stärkeren Anwendungs- oder einer stärkeren Forschungsorientierung auskommen und nur die Masterprogramme sich in *einer* dieser beiden Richtungen profilieren sollten.¹ Ohne dass dies vorgegeben worden wäre, sind vor Ort im Fach offenbar die Entscheidungen überwiegend so gefallen, dass die Masterprogramme anwendungsbezogen ausgerichtet wurden. Deutlich wird dies vor allem bei den diversen „European Studies“- und „Sozialwissenschaft(en)“-Masterprogrammen. Diese Praxisorientierung bringt Vorteile für eine empirisch ausgerichtete Politikwissenschaft mit sich. Insofern diese aber mit ihren eigenen bereichsspezifischen Theorien arbeitet, erscheint dann jedoch ein eigenständiger Bereich „Politische Theorie“ als unnötige Verdopplung und kann entsprechend ausgespart bleiben.

Die sich ändernde Bedeutung der Politischen Theorie und Ideengeschichte dürfte aber auch damit zusammenhängen, dass in der jeweiligen institutsinternen Konzipierungsphase von Vertretern der Politischen Theorie bislang nicht genügend argumentative Kraft und Kreativität entwickelt wurde, um Programme zu entwerfen, die das Interesse an einer anwendungsbezogenen Ausrichtung des Studiums so umsetzen, dass dabei die an grundlegenden Fragen interessierte Politische Theorie im Curriculum erhalten bleibt.

MA „Politische Kommunikation“ Bielefeld, MA „Politik Ostasiens“ Bochum, MA „Europäische Integration“ TU Chemnitz, MA „Internationale Beziehungen“ Dresden, MA „Atlantic Studies“ Erfurt, MA „Public Policy“ Erfurt, MA „Kulturwissenschaften“ Frankfurt/Oder, „Master of Economics and Politics“ Freiburg, MA „Environmental Governance“ Freiburg, MA „Politische Steuerung und Koordination“ Hagen, „Master of Peace and Security Studies“ Hamburg, MA „European Studies“ Magdeburg, Elitestudiengang „Osteuropastudien“ LMU München/Regensburg, MAs „Europäische Studien“ und „Europäische Integration“ Osnabrück, MA „Comparative Social Science“ Siegen, „Master of European Studies“ Tübingen.

¹ Vgl. Beschluss der KMK 10. Oktober 2003, S. 5.



Frühjahr 2006
Nr. 134



Frühjahr 2006
Nr. 134

3. Abschließende Fragen und Handlungsoptionen

Die gegenwärtigen hochschulpolitischen Reformprozesse haben somit ersichtlicherweise nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf das zukünftige Profil der Politischen Theorie und Ideengeschichte und damit auch auf die eingangs recht positiv beschriebene Stellenperspektive für Professuren. Die Veränderungen machen sich bereits auf Ebene der Denominationen für Theorie-Professuren bemerkbar. Von den sechs im Jahr 2005 ausgeschriebenen Stellen waren nur zwei klassisch als „Politische Theorien und Ideengeschichte“ denominated (Darmstadt, FU Berlin). Die Theorieprofessur an der Universität der Bundeswehr in Hamburg sollte dagegen laut Ausschreibungstext auch die Methodenausbildung abdecken, die (zweite) Theorieprofessur in Frankfurt am Main ist gänzlich auf Bereichstheorie beschränkt, die Bremer Professur setzt den Schwerpunkt auf moderne Demokratietheorien und erwartet Kompetenzen in der aktuellen Global-Governance Debatte, an der Universität Duisburg-Essen sollte sich der zukünftige Stelleninhaber der „Politischen Theorie der Gegenwart, der vergleichenden Demokratietheorie und ihrer Relevanz für die Analyse moderner Politik“ widmen. Auch für die im Januar 2006 ausgeschriebene W3-Professur für Politische Theorien und Ideengeschichte in Halle wird vom zukünftigen Stelleninhaber erwartet, dass er oder sie über eine „Profilbildung im Bereich der anwendungsbezogenen politikwissenschaftlichen Steuerungstheorie bzw. des modernen Regierens (Governance)“ verfügt.

Was könnten aus Sicht der Teildisziplin Politische Theorien und Ideengeschichte sinnvolle Handlungsoptionen im gegenwärtigen Reformprozess sein? Unkontrovers ist sicherlich das Festhalten an einem grundständigen politikwissenschaftlichen BA mit einem sinnvollen Anteil der Subdisziplin (mindestens mit den beiden Modulen Politische Theorie/Philosophie sowie Politische Ideengeschichte). Kontroverser ist die Frage, ob sich die DVPW darum bemühen sollte, Kerncurricula für diesen Ausbildungsbereich zu erarbeiten. Verschiedene Gründe sprächen u. E. dafür; es ist aber zu vermuten, dass man schon in der Sektion „Politische Theorien und Ideengeschichte“ zu keiner inhaltlichen Einigung gelangen könnte.

Wenig kontrovers ist sicherlich auch die Vermutung, dass die gegenwärtige Entwicklung im MA-Bereich nicht nur das gesamte Fach in seiner historisch gewachsenen Identität, sondern darüber hinaus den Bereich ‚Politische Theorien und Ideengeschichte‘ in seinem umfassenden kognitiven Profil, in seinem innerdisziplinären Status und in seiner universitären Reproduktionsfähigkeit massiv bedroht. Würde man die gegenwärtige Entwicklung unverändert in die Zukunft projizieren, dann gäbe es im Jahre 2030 fast nur auf BA-Ebene Lehrende für Politische Theorien und Ideenge-

schichte im traditionellen Sinne, während Theoretiker im MA-Bereich bestenfalls einige wenige passförmige Module zum Studiengang beitragen.

Sehr viel kontroverser sind die Strategien, um diese Projektion nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Betrachtet man die gegenwärtige Entwicklung in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der Studienpraxis in den USA, in Großbritannien, in den Niederlanden oder den skandinavischen Ländern, so gibt es mindestens drei mögliche Optionen:

- Die erste Option besteht in einer offensiven Umgangsweise mit der thematischen Spezialisierung und dem Verwischen von disziplinären Grenzen im MA-Bereich. Das würde bedeuten, dass man für alle Themen (Globalisierung, European Studies etc.) jeweils versucht, die Anschlussfähigkeit zur Politischen Theorie und Ideengeschichte in der Lehre herzustellen - eine Option, bei der wir skeptisch wären, weil dann ehrlicherweise nur noch Teile der Politischen Theorie und Ideengeschichte benötigt würden.

- Die zweite Option soll erklärter Weise zukünftig in Kooperation von Frankfurt/M. und Darmstadt realisiert werden: ein eigener MA in Politischer Theorie, der sich sicher schnell in der gesamteuropäischen Hochschullandschaft etablieren wird. Diese Option hat freilich auch gewisse Nachteile: Die Organisation und Koordination eines derartigen Masters „Politische Theorie“ dürfte ausgesprochen aufwendig sein. Er scheint deshalb aufgrund der dünnen Personaldecke der meisten politikwissenschaftlichen Institute nur durch eine Kooperation zwischen mehreren Universitäten möglich - neben dem genannten höchstens noch für einen weiteren Standort, am ehesten Berlin. Inwiefern ‚Politische Theorie‘, wenn sie lediglich an zwei Standorten umfassend gelehrt würde, noch als ein eigenständiger Teilbereich der Politikwissenschaft erhalten bleiben könnte, bleibt fraglich.

- Eine dritte Option verfolgen derzeit die Bamberger Kollegen und wird auch an der FU Berlin und in Erlangen/Nürnberg weiter diskutiert: ein politikwissenschaftlicher MA, der viele Teile der alten Diplom/Magister-Struktur mittransportiert und den Studierenden neben Schwerpunktbildungen in „Internationale und europäische Politik“, „Politische Einstellungen und politisches Verhalten“, „Politische Systeme“ oder „Öffentliche Verwaltung“ auch eine Profilierung im Bereich „Moderne politische Theorie“ ermöglicht.

Das zuletzt genannte Master-Modell hat aus Sicht der Teildisziplin „Politische Theorien und Ideengeschichte“ drei Vorteile, wenn auch ein Nachteil nicht übersehen werden kann:

- Ein erster Vorteil liegt darin, dass Politische Theorie sowohl konzeptionell als auch „materiell“ als eigenständiger Teilbereich des Faches erhalten



Frühjahr 2006
Nr. 134



Frühjahr 2006
Nr. 134

bleibt. Schließlich bedarf es für ein Schwerpunktstudium „Politische Theorie“ auch eines Minimums an wissenschaftlichem Personal, das Forschung und Lehre in diesem Bereich sicherstellen kann.

- Der zweite Vorteil besteht darin, dass die Praxisbezogenheit des Studiums erhalten bleibt, sich indes vor allem auf die vier anderen möglichen Schwerpunkte beschränkt. Der Studierende hat sich somit vor Studienantritt zu entscheiden, ob er ein grundlegendes oder ein praxisorientiertes Studium absolvieren möchte.

- Der dritte Vorteil dieses Modells liegt darin, dass es auch von Instituten mit dünner Personaldecke, also mit nur drei bis vier Professuren angeboten werden kann: Es erfordert im Wintersemester für Studierende im ersten und im dritten Semester jeweils ein verpflichtendes Theoriemodul, wobei bei dünner Personaldecke diese Theoriemodule aus je einem Theoriekurs bestehen können. Andere Lehrveranstaltungen sind im Bereich der anderen politikwissenschaftlichen Teilgebiete abzuleisten bzw. werden durch Angebote anderer, verwandter Fächer abgedeckt, so dass auch interdisziplinäre Elemente im Studium nicht fehlen müssen.

- Nachteilig ist bei diesem Modell, dass das Studium der Politischen Theorie nicht mehr obligatorisch ist. Je nach Schwerpunktwahl können Studierende die Politische Theorie problemlos umgehen.

Ein solches Mastermodell könnte somit im Sinne der ‚Politischen Theorie‘ durchaus als Vorbild für jene Institute dienen, die noch Bachelor- und Masterprogramme einführen müssen oder ihre bisherigen Programme im Zuge der Akkreditierungsverfahren reformieren wollen. Es hält an der Idee eines umfassenden politikwissenschaftlichen Studiums fest, indem die traditionellen Teilbereiche (und damit auch die Politische Theorie und Ideengeschichte) des Faches (zumindest im wahlobligatorischen Bereich) bestehen bleiben und versucht zugleich, die profilbildenden Möglichkeiten, die die Bachelor- und Masterstruktur bietet, zu nutzen und in eine Spezialisierung und Praxisorientierung einfließen zu lassen. Zudem lässt es im Studium Raum, themenspezifische Schwerpunktbildungen mit Schwerpunkten nach Teilbereichen der Politikwissenschaft zu kombinieren. So wäre es möglich, einen Master „Politikwissenschaft“ mit einem wählbaren Schwerpunkt „Politische Theorie und Ideengeschichte“ und/oder einem wählbaren Schwerpunkt z.B. in „European Studies“ zu konzipieren.

Die Politische Theorie und Ideengeschichte hat in diesem Modell also die Chance eines festen Platzes und einer subdisziplinären Reproduktionsperspektive. Einige praktische Erwägungen sprechen dennoch gegen den umstandslosen Erfolg dieses Vorschlags. Er klingt bei oberflächlicher Betrachtung nicht ‚innovativ‘ und ‚profilierter‘ genug. Auch ist zu erwarten, dass er

von manchen Fachkollegen aus anderen Teilbereichen, die bei anderen inhaltlichen Ausrichtungen mehr zu gewinnen haben, nicht goutiert wird.

In dieser Situation tut Überzeugungsarbeit not. Zu lange hat sich die Politische Theorie auf ihren vergangenen Meriten und ihrem scheinbar gesicherten Status im Kanon des Faches ausgeruht und dabei in Kauf genommen, auf den Rang einer Art Bereichstheorie für die empirische Politikforschung reduziert zu werden. Die fast schon autistisch anmutende Selbstbezüglichkeit einiger Theoriendebatten hat die Reputation des Teilbereichs im Fach auch nicht gerade gefördert.

Wenn die Politische Theorie nicht riskieren will, am Ende des gegenwärtigen Hochschulreformprozesses zum großen Verlierer im Fach zu werden, dann muss sie mit sehr viel mehr Nachdruck als bislang und vor allem mit guten Argumenten deutlich machen, worin über empirische Bereichstheorien hinaus ihr Beitrag für die weitere Entwicklung der Disziplin liegt. An überzeugenden Funktionsbeschreibungen gibt es keinen Mangel – sie reichen von Herfried Münklers Verständnis der Politischen Ideengeschichte als einer Art ‚Kreativitätsreserve‘ über Alex Demirovics Konzept einer Politischen Theorie als ‚Reflexionswissenschaft‘ bis hin zu Gerhard Göhlers ambitionierten Programm von Politischer Theorie als umfassender ‚Begründungsanalyse‘. Das Teilgebiet ‚Politische Theorien und Ideengeschichte‘ braucht sich vor den anderen Teilgebieten nicht zu verstecken – aber offensichtlich müssen die guten Gründe, die für den Erhalt dieses Teilgebietes und für die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Kollegen in Lehre und Forschung sprechen, wieder stärker in die gesamte Disziplin kommuniziert werden.

D V

P W



Frühjahr 2006
Nr. 134